



focus 8/11
Dezember

Die Zukunft liegt in der Stadt und in der Schule

2011 war ein historisches Jahr für die Schul-landschaft in unserem Land. Die Harmonisierung, welche sich die Verbände des Lehrpersonals seit bald 150 Jahren so sehr gewünscht hatten, wurde umgesetzt. HarmoS ist in Kraft und der Lehrplan 21 macht in der deutschsprachigen Schweiz Fortschritte; in der französischsprachigen Schweiz wurden der neue Lehrplan PER (Plan d'études romand) und die Westschweizer Schulkonvention eingeführt. Dies ist auch der Zeitpunkt, zu dem die Städteinitiative Bildung ihr Positionspapier «Stadt macht Schule» verabschiedet hat.

Die Schule hat eine schwierige Zeit hinter sich. In mehreren Kantonen erlebte sie eigentliche Glaubenskriege. Die Bevölkerung begegnete der Schule oft mit Argwohn, populistische Kritiker gar mit offener Ablehnung und in der Politik herrschte Misstrauen. Nun ist es umso wichtiger, dass all diejenigen, die sich für eine gerechtere und wirkungsvollere Ausbildung einsetzen, an einem Strick ziehen. Das jüngste Bekenntnis der örtlichen Behörden und insbesondere der Städte zur Schule ist ein ausgezeichnetes Omen.

Die Geschichte zeigt uns, dass kleine Gemeinden sich oft sehr für ihre Schulen eingesetzt und sie unterstützt haben. In den Städten hingegen wurde das Schulwesen lange als blosser Verwaltungseinheit unter vielen angesehen. In städtischen Gebieten brauchte es Lehrerinnen und Lehrer, die sich mit viel Energie, Überzeugungskraft und Kreativität dafür einsetzten, dass ganzheitliche Lösungen für

die Herausforderungen an den Schulen – unterschiedliche Kulturen, schulisches Versagen, soziale Probleme, wachsende gesellschaftliche Gegensätze – gefunden werden.



Eines der Szenarien für «Die Schule von morgen», das die OECD im Jahr 2001 ausgearbeitet hatte, sieht vor, die Schule ins Zentrum der Gemeinschaft zu rücken. Die Schule könnte so das Vertrauen der Öffentlichkeit gewinnen, zu einem «Bildungszentrum für das soziale Kapital» werden und einen wirksamen Schutz gegen die soziale Zerrissenheit und die Krise der Werte darstellen. Auf dieses Szenario setzen die Lehrpersonen. Es kann allerdings nur mit der Unterstützung aller – insbesondere der Städte und Gemeinden – realisiert werden. Viele Städte haben schon grosse Anstrengungen unternommen. Der Aufbau schulischer und ausserschulischer Betreuungsangebote sowie von Jugendtreffpunkten oder die Quartierförderung tragen dazu bei, dass dieses Szenario laufend an Glaubwürdigkeit gewinnt.

Das Bekenntnis, dass «Stadt Schule macht» ist eine wunderbare Perspektive für die Zukunft. Eine Zukunft für Blonde, Braun-, Schwarz- oder Rothaarige. Eine Zukunft, die auf unseren Pausenplätzen stattfindet. Die Zukunft liegt in der Stadt und in der Schule.

Georges Pasquier
Präsident des Westschweizer
Lehrerverbandes

Liebe Leserin, lieber Leser

In der Schule werden Kinder ausgebildet und sozialisiert. Der Institution Schule kommt daher eine wichtige gesellschaftspolitische Rolle zu. Städte und Gemeinden tragen die Verantwortung dafür, dass die Schulen gut funktionieren. Die Städteinitiative Bildung, eine Sektion des Städteverbandes, hat kürzlich ein Papier verabschiedet, welches den Rahmen einer künftigen städtischen Schulpolitik zeichnet, die mehr will, als blosses Vermitteln von Fachwissen.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre, frohe Festtage und ein glückliches neues Jahr.

Ihre focus-Redaktion



Inhalt

Die Zukunft liegt in der Stadt und in der Schule	1
«Wegen der Mobilität ist die Umsetzung von HarmoS dringend»	2
Städte wollen in der Schulpolitik vermehrt mitreden	3
Sessionsrückblick, Vernehmlassungen	4
Neue Mitglieder, Städte-Pass, Organisierte Bettelei, SI Sozialpolitik	5
Agenda	6

«Wegen der Mobilität ist die Umsetzung von HarmoS dringend»

Christine Burgener, Gemeindepräsidentin von Thalwil (ZH)



Thalwil ist mit der S-Bahn knapp 15 Minuten vom Hauptbahnhof Zürich entfernt – eine typische Agglomerationsgemeinde. Wie unterscheidet sie sich von einem Aussenquartier von Zürich?

Wir sind eine eigenständige Gemeinde mit sehr hoher Lebensqualität. Thalwil bietet die Vorteile einer mittelgrossen Gemeinde mit einem eigenständigen Dorfleben. Wir haben gute Schulen, ein attraktives Freizeit- und Sportangebot, ein vielfältiges Kulturangebot sowie gute Einkaufsmöglichkeiten. Die Gemeinde ist in den letzten Jahren gewachsen; vor allem gut Verdienende sind zugezogen.

Ihre Gemeinde ist wohlhabend und hat einen günstigen Steuersatz. Ein Privileg?

Die relativ günstige Steuerbelastung ist nicht allein entscheidend für die Standortattraktivität. Viel wichtiger sind andere Faktoren: Thalwil liegt an schöner Lage am Zürichsee. Auf und um den See hat es wunderbare Naherholungsangebote, und auch der Wildnispark Sihlwald befindet sich in unmittelbarer Nähe. Die Verbindungen mit dem öffentlichen Verkehr sind ausgezeichnet.

Welches sind die Hauptprobleme, mit denen die Gemeinde konfrontiert ist?

In Thalwil ist es nicht einfach, bezahlbaren Wohnraum für mittelständische Familien zu finden. Die Bodenpreise in unserer Region sind enorm gestiegen. Nur wenn die Ge-

meinde günstiges Land zur Verfügung stellen kann, werden sich die Mietzinsen im mittleren Rahmen bewegen. Die Gemeinde arbeitet zurzeit an einem Projekt, um günstigen Wohnraum zu erhalten.

Wie nehmen Sie als Mitglied der Gemeindeexekutive auf das Schulangebot Einfluss?

Grundsätzlich gibt der Kanton im Schulbereich Vieles vor. Thalwil war aber immer ganz vorne dabei, wenn es darum ging, Neuerungen zu erproben und Änderungen einzuführen. So ist unsere Schule früh in die Prozesse involviert, kann die gemachten Erfahrungen einbringen und von Anfang an mitgestalten. Gleichzeitig bedeutet es für die Lehrpersonen auch Mehrarbeit, wenn sie sich an Neuerungen beteiligen; aber mittel- und langfristig zahlt sich das aus. Thalwil hat zum Beispiel früh Schulleiter eingeführt, die für die operative Führung der Schulen verantwortlich sind. Heute kann sich die Schulpflege auf strategische Vorgaben konzentrieren.

Was zeichnet die Schulen von Thalwil aus?

Engagierte, motivierte und innovative Lehrpersonen! Das familienergänzende Betreuungsangebot ist bei uns gut ausgebaut. Es hat eine lange Tradition. Zu Beginn des letzten Jahrhunderts hatten wir hier eine wichtige Textilindustrie. Die Firmen brauch-

ten Frauen als Arbeitskräfte und gründeten deshalb schon damals eigene Kinderkrippen. Heute sind sie öffentlich. Auf allen Schulstufen gibt es Betreuungsangebote und Mittagstische. Auch der Schulsozialdienst ist gut ausgebaut. Dadurch werden Lehrer entlastet und können sich auf den Unterricht konzentrieren. Ausserdem beteiligen wir uns am Pro Senectute-Projekt «Senioren im Klassenzimmer». Pensionierte nehmen an einzelnen Schulstunden teil und unterstützen Kinder, die zusätzliche Betreuung und Erklärungen brauchen. Das wird von allen geschätzt.

Der Bildungsbereich beruht teilweise auf freiwilligem Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Ist eine Professionalisierung nötig?

Ich bin davon überzeugt, dass gerade im Bereich der Volksschulen Milizgremien wie die Schulpflege eine wichtige Rolle spielen. Daneben braucht es professionelle Begleitung und periodisch externe Evaluationen. In Zeiten der Mobilität wird die Angleichung der verschiedenen Schulsysteme in den Kantonen und Gemeinden immer wichtiger. Deshalb finde ich die Umsetzung von HarmoS dringend.

Wo steht Thalwil in 20 Jahren?

Thalwil wird eine attraktive Gemeinde mit sehr hoher Lebensqualität mit einem urbanen Zentrum sein. Die Seeanlagen werden zu öffentlichen Parks ausgebaut, das Seeufer wird ganzjährig zugänglich sein.

Christine Burgener Gemeindepräsidentin von Thalwil (ZH)

Christine Burgener ist seit 1998 Präsidentin der Zürcher Gemeinde Thalwil. Der Ort hat 17 600 Einwohnerinnen und Einwohner. Die CVP-Politikerin übt das Gemeindepräsidium im Nebenamt aus und arbeitet daneben als Sekundarlehrerin. Seit 2011 ist sie zudem Mitglied des Vorstandes des Schweizerischen Städteverbandes.

Burgener ist im Wallis zur Welt gekommen und lebt seit 1973 in Thalwil. Sie ist Mutter einer erwachsenen Tochter.

Städte wollen in der Schulpolitik vermehrt mitreden

Barbara Eberhard, Stadträtin der Stadt St. Gallen und Präsidentin der Städteinitiative Bildung

In ihrem Positionspapier «Stadt macht Schule» hat die Städteinitiative Bildung die Eckwerte einer gemeinsamen städtischen Bildungspolitik festgelegt. Sie benennt die wichtigsten Handlungsfelder, Ziele und Massnahmen. Damit will die Städteinitiative Bildung mit Bund und Kantonen in einen Diskurs treten und die Diskussion eröffnen.

Drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben in Städten und deren Agglomerationen. Die Urbanisierung hat zur Folge, dass die Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels in den Städten zuerst spür- und sichtbar sind. Die Städte sind deshalb gefordert, auch im Bereich Bildung und Erziehung als erste Lösungen auf Fragen anzubieten, die sich aus der gesellschaftlichen Entwicklung stellen. Die Städte übernehmen so eine bildungspolitische Vorreiterrolle und sind dazu prädestiniert, ihre Erfahrungen in die bildungspolitische Debatte einzubringen. Sie tun dies mittels der Städteinitiative Bildung, einer Sektion des Schweizerischen Städteverbandes.

Positionspapier «Stadt macht Schule»

Die Städteinitiative Bildung sucht für ihre Mitglieder ausgewogene Antworten, gestaltet Entwicklungen mit und vertritt zusammen mit dem Städteverband stadtspezifische Anliegen zu Bildung und Erziehung gegenüber Bund und Kantonen. Mit dem Positionspapier «Stadt macht Schule» setzt sie Eckwerte einer gemeinsamen Bildungspolitik der Städte.

Darin werden die Auswirkungen der gesellschaftlichen Entwicklungen im Bildungsbereich analysiert und die wichtigsten strategischen Handlungsfelder benannt. Im weiteren werden auf Basis erprobter Konzepte und Projekte der Städte Ziele und Massnahmen im Bildungs- und Erziehungsbereich aufgezeigt. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Chancengerechtigkeit: Schülerinnen und Schüler erleben Chancengerechtigkeit mittels Frühförderung, altersdurchmischem Lernen und integrativen Beschulungsformen.

Schule als Lern- und Lebensort: Kinder und Jugendliche erleben die Schule als Lebensraum, in welchem Unterricht und Betreuung konzeptionell aufeinander abgestimmt «unter einem Dach» stattfinden.

Professionelle und effiziente Führung der Schulen: Schulorganisationen erfordern professionelle Führungsstrukturen und effiziente Führungsprozesse; dabei ist auf eine klare



Zuweisung der politischen, strategischen und operativen Verantwortung zu achten.

Schule als Begegnungs- und Identifikationsort im Quartier: Die Schule ist im Quartier verbindendes Element und Kristallisierungspunkt zugleich. Schulraumplanung und Quartierbeteiligung sind wichtige Faktoren, die zum Erfolg beitragen.

Urbanität als Herausforderung und Chance: Kulturelle und soziale Vielfalt bergen Innovationspotential. Dieses zu nutzen, bedingt eine enge Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrpersonen und Kompetenz im Umgang mit Heterogenität.

Mit «Stadt macht Schule» stellen sich die in der Städteinitiative Bildung zusammenge-

schlossenen Städte den bildungspolitischen Herausforderungen. Diese sind aber nur dann zu bewältigen, wenn die Städte einen grösseren gesetzlichen Gestaltungsspielraum erhalten und ihre besondere Situation und ihre besonderen Bedürfnisse sowohl auf kantonaler wie auch auf Bundesebene in genügendem Ausmass Berücksichtigung finden.

Institutionalisierter Dialog ist nötig

Das erfordert für die Zukunft von der Städteinitiative Bildung einen regelmässigen und institutionalisierten Austausch zu Fragen von Bildung und Erziehung mit den Verantwortlichen des Bundes und der Kantone, erfordert aber auch die Einsitznahme in deren wichtigsten bildungspolitischen Gremien. Ebenso sind die Kontakte mit Hochschulen, Wirtschaft und Kultur zu intensivieren.

Mit dem Positionspapier «Stadt macht Schule» nimmt die Städteinitiative Bildung klar Stellung zu den aus städtischer Sicht wichtigsten bildungspolitischen Fragen. Es ist zu hoffen, dass das Positionspapier gute Aufnahme und auf kantonaler sowie Bundesebene das gewünschte Echo findet. Dann nämlich findet auch die dringend nötige Diskussion dazu statt.

Weitere Informationen:
www.staedteinitiative-bildung.ch

Dr. Barbara Eberhard



Dr. Barbara Eberhard ist seit Anfang 2005 Stadträtin in St. Gallen und verantwortlich für die Direktion Schule und Sport. Die CVP-Politikerin wurde im Januar 2011 zur Präsidentin der Städteinitiative Bildung gewählt, einer Sektion des Städteverbandes.

Rückblick auf die Wintersession

Das alles beherrschende Thema der Wintersession waren die Bundesratswahlen. Daneben befassten sich die Räte mit einer Reihe für die Städte wichtigen Geschäften.

Ausgeglichenes Budget und CO₂-Gesetz

Das Budget 2012 ging während der Session mehrere Male zwischen den beiden Kammern hin und her. Letztlich einigten sich die Räte auf einen ausgeglichenen Voranschlag mit Einnahmen und Ausgaben von rund 64,1 Milliarden Franken.

Ebenfalls bereinigt wurde das CO₂-Gesetz. Es sieht keine CO₂-Abgabe auf Benzin und Diesel vor und die Bussengelder, die erhoben werden, wenn die Neuwagen zu viel CO₂ ausstossen, sollen dem Infrastrukturfonds zugute kommen. Eine sinnvolle Zuweisung, auch wenn dadurch das Problem der finanziellen Unterdotierung des Fonds nicht gelöst wird.

Energiepolitik bestätigt

Der Nationalrat bestätigte den Entscheid zum Ausstieg aus der Kernenergie – sogar mit einem leicht deutlicheren Stimmenverhältnis als vor den Wahlen. Mit einer Änderung des Energiegesetzes erteilte der Nationalrat dem Bundesrat das Recht, von sich aus Vorschriften für den Energieverbrauch von Geräten, Anlagen und Fahrzeugen zu erlassen. Der Ständerat beschloss, die Bewilligungspflicht für Solaranlagen auf Dächern grösstenteils aufzuheben und stimmte einer Gesetzesänderung zu, die es Kantonen und Gemeinden erlaubt,

Stromnetz- und Wassernutzungskonzessionen ohne Ausschreibung zu erteilen.

Raumplanungsgesetz-Revision korrigiert

Der Ständerat hielt bei der Revision des Raumplanungsgesetzes an der Mehrwertabgabe fest. Diese soll 20 Prozent betragen, wobei die konkrete Ausgestaltung den Kantonen überlassen ist. Zudem insistierte der Ständerat, dass «überdimensionierte Bauzonen» verkleinert werden müssen. Nun ist wieder der Nationalrat am Zug.

6. IV-Revision und Via sicura

Beim Sicherheitspaket Via sicura beschloss der Nationalrat strengere Massnahmen gegen Raser. Dagegen hob er beim Radfahren das Mindestalter auf und lehnte ein Helmobligatorium ab.

Der Ständerat beschloss bei der 6. IV-Revision, das heutige vierstufige durch ein stufenloses Rentensystem abzulösen. Laufende Renten werden jedoch nicht gekürzt. Die Vorlage soll Einsparungen von 250 Millionen bringen.

Die TAK wird fortgesetzt

Am 16. Dezember 2011 haben der Bundesrat, die Konferenz der Kantonsregierungen, der Schweizerische Städteverband und der Schweizerische Gemeindeverband bekannt gegeben, dass die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden im Rahmen der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) fortgesetzt wird.

Die Träger der TAK ziehen eine positive Bilanz der tripartiten Zusammenarbeit, beispielsweise bei der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Agglomerationen, des Lastenausgleichs oder der Integrationsförderung. Beim Arbeitsprogramm 2012-2015 liegt der Fokus weiterhin auf agglomerationsrelevanten Herausforderungen. Neu soll die TAK den Einbezug der ländlichen Räume in die tripartite Zusammenarbeit aufzeigen.

Für den Städteverband kommt der TAK bei der Zusammenarbeit zwischen den föderalen Ebenen eine zentrale Rolle zu. Deshalb begrüsst der Verband, dass die TAK fortgeführt und institutionalisiert wird.

Informationen: www.staedteverband.ch



Vernehmlassungen

Flankierende Massnahmen durchsetzen

Der Bundesrat will die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit besser schützen und durchsetzen. In seiner Stellungnahme zur laufenden Vernehmlassung begrüsst der Städteverband die geplanten Änderungen. Diese enthalten Verbesserungen und der zu erwartende Mehraufwand ist vertretbar. Die Städte erwarten, dass allfällige Mehrkosten, die durch die Anpassungen entstehen, abgegolten werden.

Die in letzter Zeit aufgedeckten Verstösse zeigen die Notwendigkeit von Kontrollen und Verbesserungen im Vollzug. Die Anpassungen sind insbesondere auch aus Sicht der

städtischen Sozialpolitik wichtig. Der Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen aufgrund der Personenfreizügigkeit droht in erster Linie in Berufen und Branchen mit tiefem Lohnniveau. Dort verdrängte Arbeitnehmer haben schlechte Karten, eine andere Stelle mit einem existenzsichernden Lohn zu finden, was oft dazu führt, dass über kurz oder lang die Sozialhilfe für ihre Existenzsicherung aufkommen muss.

Biodiversität – ein städtisches Anliegen

Die Biodiversitäts-Strategie, die der Bund erarbeitet hat, stösst bei den Städten auf ein grundsätzlich positives Echo. Grundla-

gen, Analyse sowie Ziele und strategische Grundsätze sind überzeugend. Besonders begrüssenswert ist, dass die Biodiversität im Siedlungsgebiet zu den zehn strategischen Zielen gehört.

Für den Städteverband spielen Städte und Gemeinden bei der Umsetzung eine wichtige Rolle. Entsprechend muss die kommunale Ebene einbezogen und vom Bund unterstützt werden (bspw. Städtenetzwerk für die Biodiversitätsförderung). Leuchtturmprojekte könnten zur Sensibilisierung für die Biodiversität beitragen. Zudem sollte die Strategie Themen wie den Klimawandel oder die Gewässer stärker einbeziehen.

www.staedteverband.ch/Politik/Vernehmlassungen

Adliswil, Bassersdorf und Villars-sur-Glâne neu im Städteverband

Der Vorstand des Städteverbandes hat an seiner Sitzung vom 5. Dezember 2011 mit Freuden den Beitrittsgesuchen von Adliswil, Bassersdorf und Villars-sur-Glâne zugestimmt.

Die Stadt Adliswil mit einer Bevölkerung von gut 17 000 Personen liegt im Süden der Stadt Zürich. Adliswil ist zweitgrösstes Entwicklungsgebiet im Kanton Zürich und Standort mehrerer Versicherungsgesellschaften.

In der Agglomerationsgemeinde Bassersdorf leben rund 11 000 Menschen. Bassersdorf ist Teil der «Netzstadt Glattal», welche als regionaler Zusammenschluss von acht Gemeinden und Städten (zusätzlich Dietli-

kon, Dübendorf, Kloten, Opfikon-Glattbrugg, Rümlang, Wallisellen, Wangen-Brüttsellen) den Lebens- und Wirtschaftsraum im Glattal entwickeln will.

Mit gut 11 000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist Villars-sur-Glâne die drittgrösste Gemeinde des Kantons Freiburg. Sie ist u.a. Standort von mehreren internationalen Unternehmen und heute mit der Stadt Freiburg zusammengewachsen.

Allen neuen SSV-Mitgliedern ist gemeinsam, dass sie seit den letzten Jahren eine dynamische Bevölkerungsentwicklung erleben. Wir heissen sie alle herzlich willkommen!

Ein «Städte-Pass» mit den Anliegen an das neue Parlament

Der Beginn der Wintersession 2011 und damit der Start zur neuen Legislatur fällt in unruhige Zeiten. Die Schweiz befindet sich in einem raschen Wandel; entsprechend gross sind die Erwartungen an das neue Parlament, mit Augenmass und politischem Geschick zukunftsfähige Lösungen für unser Land zu schmieden.

Ein Schlüssel für die Fortsetzung des Erfolgsmodells Schweiz liegt in einer Politik,



welche auch die Anliegen von Städten und Agglomerationen berücksichtigt.

Der Städteverband hat darum die Anliegen der Städte und Agglomerationen an die Bundespolitik in wichtigen Politikbereichen in einem «Städte-Pass» zusammengefasst. Dieser «Städte-Pass» wurde allen Parlamentarierinnen und Parlamentariern zum Start der neuen Legislatur übergeben.

Organisierte Bettellei bekämpfen

Der Schweizerische Städteverband hat einen Bericht über die Problematik des Menschenhandels mit ausländischen Minderjährigen (oft Roma) veröffentlicht. Im Fokus stehen Minderjährige, die in die Schweiz gebracht werden, um hier zu betteln oder kleinkriminelle Taten zu begehen. Der Bericht zeigt auf, wie Städte mit dem Phänomen umgehen und wie die Minderjährigen, die meist Opfer organisierter Kriminalität sind, aus der Abhängigkeit ihrer Hintermänner befreit werden können. Ziel ist die Rückführung der Jugendlichen in ihr Herkunftsland. Dazu hat die Stadt Bern einen Masterplan erarbeitet, der mögliche Vorgehensweisen der Behörden dokumentiert. Der Bericht ist auf der Homepage des Städteverbandes verfügbar.

Informationen: www.staedteverband.ch

Integration und Sozialpolitik

Integration soll sich nicht auf Ausländerinnen und Ausländer oder Behinderte beschränken. Die Städteinitiative Sozialpolitik geht vielmehr von einem breiten Integrationsbegriff aus. Integration umfasst demnach alle Menschen, deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschwert ist – sei es aufgrund mangelnder wirtschaftlicher Ressourcen, fehlender Schulbildung oder beruflicher Qualifikationen oder gesundheitlicher Schwierigkeiten.

Die Herbstkonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik in Baden stand unter dem Thema «Integration – Herausforderung im aktuellen gesellschaftlichen Wandel». Was praktische Integrationsarbeit bedeutet, zeigten Beispiele aus St. Gallen, Yverdon-les-Bains und Zürich. Zudem wurde Oscar Tosato, Sozialvorsteher von Lausanne, in den Vorstand der SI gewählt.

Kurzmeldungen

E-Rechnung für öffentliche Verwaltungen

Die Einführung der elektronischen Rechnung im Geschäftsverkehr mit der öffentlichen Verwaltung ist eine von 45 priorisierten Massnahmen zur Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz. Seit 2010 ist die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) als federführende Organisation für das Vorhaben E-Rechnung zuständig. Bis 2016 soll die schweizweite Durchdringung der E-Rechnung auf sämtlichen föderalen Stufen der öffentlichen Verwaltung Realität werden. Hierzu bietet die federführende Organisation EFV Verwaltungseinheiten kostenlose Dienstleistungen an. Informationen: www.e-rechnung.admin.ch

Integrationsmodule für Gemeinden

Die Fachstelle für Integrationsfragen des Kantons Zürich hat zusammen mit den Gemeinden im Rahmen des Pilotprojekts «Integrationsmodule» ein neues Modell zur Integrationsförderung entwickelt. Ziel ist es, die bereits bestehenden Massnahmen und Angebote in den Gemeinden zu systematisieren und zu ergänzen sowie Integration als Querschnittsaufgabe zu institutionalisieren. Im Vordergrund stehen Themen wie Information und Beratung von Migrantinnen sowie der Gesamtbevölkerung, Chancengleichheit im Bildungssystem und Zugang zum Arbeitsmarkt.

Ausgangspunkt und Kern des Modells bildet die sogenannte Bedarfsanalyse. Die Gemeinde analysiert ausgewählte statistische Daten und führt eine Bestandsaufnahme der aktuellen Fördermassnahmen im Bereich Integration durch. Die Ergebnisse dieser Erhebung werden anschliessend von Gemeindevertretern diskutiert und ergänzt. Informationen: www.integration.zh.ch

Zentrum öffentlicher Raum (ZORA)

Ein «Think Tank für Informationen und Erfahrungen zum öffentlichen Raum», so stellt sich das Zentrum öffentlicher Raum (ZORA) in seiner neuen Broschüre vor.

ZORA ist eine Arbeitsgruppe des Städteverbandes und zählt sieben Mitglieder (Basel, Bern, Luzern, Solothurn, St. Gallen, Zug, Zürich). Informationen: www.zora-cep.ch

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

- 6. Juni 2012** **Stromtagung für Städte und Gemeinden** in Bern
Weitere Auskünfte: Martin Tschirren, Telefon 031 356 32 32, martin.tschirren@staedteverband.ch
- 30./31. August 2012** **Städtetag 2012** in Bern – **zum Vormerken!**
Weitere Auskünfte: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

Städtekonferenz Kultur

- 26./27. April 2012** **Delegiertenkonferenz** in Burgdorf
Weitere Auskünfte: Jürg Kobel, Telefon 033 225 84 35, juerg.kobel@thun.ch

Städtekonferenz Mobilität

- 23. März 2012** **Mitgliederversammlung** in Bern
Weitere Auskünfte: Roman Widmer, Telefon 031 356 32 32, roman.widmer@staedteverband.ch

Konferenz der Städtischen Polizeidirektorinnen und Polizeidirektoren

- 10./11. Mai 2012** **95. Generalversammlung** in Bern
Weitere Auskünfte: Andrea Bucher, Telefon 044 411 70 26, andrea.bucher@zuerich.ch

Städteinitiative Sozialpolitik

- 8. Juni 2012** **Frühlingskonferenz**
Weitere Auskünfte: Thomas Meier, Telefon 044 412 61 55, th.meier@zuerich.ch

Städteinitiative Bildung

- 20. Januar 2012** **Jahreskonferenz** in St. Gallen
Weitere Auskünfte: Bruno Oesch, Telefon 071 224 57 26, bruno.oesch@stadt.sg.ch

Schweizerische Konferenz der Stadt- und Gemeindeglieder

- 15. Juni 2012** **Generalversammlung** in Schaffhausen und Neuhausen
Weitere Auskünfte: Urs Müller, Telefon 044 832 62 40, urs.mueller@wallisellen.zh.ch

Weitere Organisationen

- 9. März 2012** **1. Nationale Konferenz «Jugend und Gewalt»** in Bern
Weitere Auskünfte: www.jugendundgewalt.ch, Telefon 031 322 90 98, jugendschutz@bsv.admin.ch (Patronat SSV)

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband (SSV), Monbijoustrasse 8, Postfach 8175, 3001 Bern
Redaktion: Renate Amstutz, Ariane Gigon (und Übersetzungen), Christina Grab, Sybille Oetliker, Martin Tschirren, Roman Widmer
Bildnachweis: Rolf Siegenthaler, Sybille Oetliker (Seite 2), Parlamentsdienste (Seite 4)
Telefon 031 356 32 32, Telefax 031 356 32 33, www.staedteverband.ch
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch